

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernbrach-Sammelnummer 17 239 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 253, Emil Schlegel-Schmittleitung: Dresden-N. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 239 / Druckanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Eredrucksachen der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Donnerstag, den 13. Januar 1927

Nummer 10

Der Uebergang zur Herrschaft der Deutschnationalen

Von Rudolf Renner, M. d. L.

Dresden, 13. Januar 1927.

Schon am 9. Januar schrieben wir einen Artikel, in dem wir aufzeigten, daß die jetzt vor sich gehenden Regierungsbildungen Vorstufen zur Diktatur seien. Für Sachsen wird unsere Auffassung nun in vollem Umfange bestätigt. Durch die gesamte bürgerliche Presse, insbesondere aber durch die den Deutschnationalen nahestehenden Zeitungen, die Leipziger Neuesten Nachrichten und die Dresdner Nachrichten, erfährt man, daß das Kabinett Heldt nur als Uebergangskabinett gedacht ist. Die Deutschnationalen haben noch Bedingungen gestellt, die von allen Parteien, also auch von den Altsozialdemokraten, angenommen wurden. Nach den Mitteilungen, die heute insbesondere von den L. N. N. als tatsächlich feststehend bekanntgegeben werden, verlangen die Deutschnationalen, daß die Regierung am 1. Juli zurücktrete, wenn es bis dahin nicht gelingt, sich auf die Annahme eines deutschnationalen Ministers und die Herabsetzung der Zahl der Ministerien auf 5 zu einigen. Das ist die nach dem Volksstaat würdige und vernünftige Weise, mit der die Deutschnationalen die Krise lösen. Es bleibt also die Tatsache: die Deutschnationalen stehen vor den Toren. Der Preis ist die Vorbereitung zur offenen Koalition mit den schlimmsten Reaktionen. Vielleicht wollen die NSD- Leute damit noch einen Druck auf die Sozialdemokraten ausüben, um sie doch noch in die Koalition zu bringen. Man kann aber jetzt schon sagen, daß die Regierungsbildung in Sachsen eine besondere Bedeutung für die Bildung der Reichsregierung besitzt. Dort liegt die Lage, wenn auch bei anderer Parteigruppierung, ähnlich wie hier. Auch dort wird man nun wohl, nachdem der Antrag Curtius gescheitert ist, ein Kabinett der Mitte bilden. Nur liegen im Reich die Dinge insoweit anders, als die SPD sich bereit erklärt, einer solchen Regierung der Mitte ihre Unterstützung zu geben. Unter dem Druck der Arbeiter konnte sich die SPD in Sachsen zu einer solchen Entscheidung natürlich nicht entschließen. Das konnte sie nicht wagen. Aber wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir erklären, daß den Sozialdemokraten die jetzt gesundene Lösung die bequemste erscheint. Sie fürchteten sich vor der Minderheitsregierung, sie fürchteten sich vor der Abhängigkeit von den Kommunisten, vor der Tatsache, vor die Notwendigkeit der Erfüllung ihrer eigenen programmatischen Versprechungen gestellt zu werden. Sie hatten Furcht vor der Enthüllung ihrer Demagogie.

Jetzt besteht aber die Tatsache, die am 12. Januar ineinander zurückgedrängt und durch die Aufwertung zur Kapitulation gezwungenen Deutschnationalen sind die Sieger. Das neue Heldtkabinett wird seine Stellung ausüben, um den Eintritt der Deutschnationalen vorzubereiten. Die Altsozialisten werden sich auch dort zur Beteiligung bereit erklären. Sie unternehmen damit einen Schritt, den der Parteivorstand der SPD in Berlin über kurz oder lang auch unternehmen wird. Sie marschieren damit nur dem Parteivorstand voran. Wir wissen, die lächerlichen Sozialdemokraten werden diese Behauptung mit viel Entrüstung zurückweisen, doch steigt dieser Schritt zur „Vollgemeinschaft“ so sehr in der Linie der sozialdemokratischen Reichspolitik, daß es nur eine Frage der Zeit und der Verhältnisse ist, wann die SPD diesen Schritt unternehmen wird. Für die SPD bleibt kein anderer Weg. Zurück zur Politik des Klassenkampfes kann diese Partei nicht mehr. Sie kann aber mit Scheinopposition nicht auf die Dauer die Massen beruhigen. Da sie nicht den Weg des aktiven Einklappens der Massen gehen will und kann, wird sie den Weg der „großen Volksgemeinschaft“ gehen. Diese „Volksgemeinschaftspolitik“, die Politik der passiven Hingabe und des demagogischen Arbeiterbetrugs und Verrats, wird auch über die lächerlichen Sozialdemokraten ihre Schatten voraus. Zwar begründen sie in all ihren Zeitungen das Kabinett Heldt als ein Kabinett der Arbeiterkammer, jedoch auf die Würde der Terminologie kommt es nicht an. Es kommt darauf an, welche positiven und aktiven Maßnahmen gegen die Heldtregierung, gegen den Aufmarsch der Deutschnationalen und deren Trabanten getan werden sollen. Die sozialdemokratischen Führer stehen hier in Sachsen zwischen zwei Lagern. Im tiefsten Innern lehnt jeder wirklich revolutionäre Bewegung feindlich gegen, Opportunisten und Reformisten, stehen sie auf der einen Seite unter dem Einfluß des Parteivorstandes, auf der anderen Seite unter dem Druck der Massen. Das bestimmte schon ihren Kampf gegen die 23, als diese noch Mitglied der SPD waren. Das bestimmt auch heute ihre Haltung. Wieder müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern sagen, daß sie mit der SPD in der SPD keine wirkliche Arbeiterpolitik betreiben können.

Was muß gegen die drohende Reaktion und ihre Pläne getan werden? Diese Reaktion ist nur zurückzuschlagen, wenn sie den ersten und entschlossensten Widerstand der gesamten einheitlichen Masse der arbeitenden Bevölkerung findet, wenn ihre Maßnahmen auf die drohende Abkehrung der freien Massen stoßen. Solche Abwehr ist aber nur möglich, wenn die Massen sich von jedem reformistischen Einfluß und von jeder reform-

Rechtsblockwehen und Diktaturgelüste Zentrumsbeschluss gegen ein Kabinett Curtius

Berlin, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktion des Zentrums hat den Beschluss des Vorstandes gebilligt, monach dieser schwere innen- und außenpolitische Bedenken gegen die Kandidatur Curtius hat, das heißt nichts anderes, als daß die Zentrumsleute eine Regierung haben wollen, in der sie den Reichstänzer stellen. Hindenburg droht aber bereits mit der Anwendung des Artikels 48 und spricht von der Reichstagsauflösung, um, wie schon wiederholt, die von ihm gewünschte Regierung zusammenzusetzen zu können. Wie die Vossische Zeitung mitteilen weiß, will Hindenburg nach dem Scheitern der Mission Curtius einen Kanzler ernennen, der gleichzeitig ein Auflösungsdekret erhält, um von ihm sofort Gebrauch zu machen. Das Geschäftsführerministerium Marx soll durch ein Uebergangskabinett abgelöst werden, das nur die Neuwahlen durchzuführen hätte. Der sozialdemokratische Pressedienst schreibt zum Beschluss des Zentrums, daß die Sozialdemokratie jederzeit zu Verhandlungen bereit und entschlossen sei, die Ministerverantwortung für die künftige Regierungspolitik zu tragen. Der heutige Vorwärts spricht das noch einmal in einem 4 Spalten langen Artikel aus und schreibt: „Wir aber fordern, daß die große republikanische Partei in der Republik, daß die deutsche Sozialdemokratie die Stellung erhält, die ihr gebührt. Die Sozialdemokratie in Deutschland voran.“ Er überschreibt diesen Artikel: „Deutschland der Arbeiterklasse, Arbeiterblock oder Bürgerblock“, wobei er unter Arbeiterblock die Koalition und gemeinsame Arbeit der Arbeiter, freien und Reichsdemokratischen Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten versteht.

Die Rote Fahne schreibt u. a. zur Regierungsfrage: „Es geht nicht um den Inhalt der Politik der zukünftigen Regierung, sondern nur um ihre Form — Curtius will ein Kabinett mit deutschnationalen Ministern. Das Zentrum möchte vorläufig ein Kabinett ohne deutschnationale Minister, das sich zwar auf die Deutschnationalen stützt, aber dennoch sich als Kabinett der Mitte ausgeben kann. Diese Verhinderung hat das Zentrum noch nötig, um sowohl seine Arbeiteranhänger zu täuschen, als auch den SPD-Führern die weitere Unterstützung der kapitalistischen Regierung zu erleichtern.“

So wie in Sachsen, so kommt auch im Reich der Rechtsblock nur mit großen Schwierigkeiten in Gang. Die Differenzierung im bürgerlichen Lager nimmt immer größeren Umfang an. Die Zentrumsleute befürchten ein Abfluten ihrer Arbeiterwähler, insbesondere im Rheinland, wo schon der Kampf des Zentrums für die Entschädigung der Parteien diesem schweren Schaden zufügte. Woraus man jetzt im Reich hinstrebt, das ist ein Uebergangskabinett, wie man es jetzt in Sachsen gebildet hat und hinter dem der Einzug der Reaktion steht. Die SPD erklärt sich in Berlin bereit, dort eine Regierung von fast gleichem Charakter wie die Heldt-Regierung zu unterstützen, das zeigt die eigentliche und wirkliche Rolle der SPD.

SPD-Stimmen zur Regierungsbildung

Jetzt die gesamte sozialdemokratische Presse veröffentlicht einen Artikel des sozialdemokratischen Pressedienstes, der verurteilt worden war gleichzeitig mit dem schamlosen Beschluss des Parteivorstandes, der noch im Augenblick der Betrauung Curtius zur Bildung einer Reichsregierung grundsätzlich um ein neues Koalitionsverhältnis zur Bourgeoisie betritt. In dem Artikel des Pressedienstes heißt es:

Die Sozialdemokratie, die das Kabinett Marx-Külz-Gehler führen half, wird sich der Verpflichtung nicht entschließen, nun auch positiv eine bessere Regierung zu führen.“

mentarische Manöver beschränken. Mit diesen Methoden versucht die SPD die parlamentarischen Illusionen der Massen zu verstärken. Wo befindet sie sich da anders als bei der NSD? Nur dümmere und blödere ist die Manier. Weshalb will die SPD keine Massenaktivität? Die Volkszeitung gibt auch gleich die Antwort: Sie (die SPD — d. Red.) weiß, daß sie über kurz oder lang dazu berufen sein wird, in Sachsen wieder die Regierungsgeschäfte zu übernehmen... Die SPD will für die Bourgeoisie regieren; sie fürchtet, durch die Mobilisierung der Massen diese zur Kritik zu erwecken, sie fürchtet, daß die Massen dann auch gegen die SPD-Regierung marschieren. Deswegen geht sie in den Gewerkschaften mit der NSD, deswegen lehnt sie Massenaufrufe ab, deswegen heßt sie gegen die Kommunisten. Auch die SPD-Führer wollen eine Verbindung mit der Reaktion, deswegen beschränken sie sich auf Scheinopposition. Die Massen aber müssen den Kampf aufnehmen. Sie müssen selbst die Säuberung ihrer Organisations von den Reaktionen, auch wenn diese das SPD-Buch in der Tasche tragen, beginnen. Sie müssen mit der SPD die Aufmärsche vorbereiten. Die Zeit drängt, die Deutschnationalen haben vor der Tür. Jetzt gilt kein Mantel mehr, jetzt muß geistigt werden.

Als solche bessere Regierung erscheint der Sozialdemokratie ein verschlechtertes Marx-Kabinett. Als Scheinopposition wird nunmehr verlangt, daß Gehler und Külz nicht wiederkehren dürfen.

Es ist bemerkenswert, und muß den Arbeitern unbedingt zur Kenntnis gebracht werden, daß fast die ganze sozialdemokratische Presse diese Haltung einnimmt. Unter den wenigen Ausnahmen finden wir nur eine ungemein jahme Kritik der Leipziger Volkszeitung, die die Auffassung des Vorwärts zur gegenwärtigen Situation als „von einem Optimismus, der sich leicht nach keiner Richtung rechtfertigen lasse“, zeugend, auspricht. Einigen machen schärfer nimmt dagegen die Frankfurter Volksstimme Stellung und dieses Blatt fragt sehr richtig:

„Die Parteigenossen im Lande werden sich vergeblich fragen, warum die Reichstagsfraktion eigentlich die Regierung Marx gestürzt hat, wenn sie sie wirklich von neuem unterstützen will. Sind die Erfahrungen mit der „samolien Tuschelung“ immer noch nicht schlecht genug gewesen? Der Pressedienst meint, falls auch die neue Regierung Marx nicht lebensfähig sei, bliebe nur noch die Reichstagsauflösung. Falls? Aber es liegt auf der Hand, daß Marx nur seine bisherige Politik fortsetzen kann. War das Kabinett bis jetzt mit ihr lebensfähig, so wird sich das jetzt nicht ändern.“

Damit man nicht etwa auf den Gedanken käme, die Volksstimme tanze grundsätzlich aus der Reihe der Koalitionshelden, fährt das Blatt fort:

„Wenn die Volkspartei bereit wäre, tatsächlich die Anführung nach links zu vollziehen und die Bedingungen der Sozialdemokratie zu erfüllen, dann wäre ja die Große Koalition ohne weiteres möglich. Weil die Volkspartei nicht daran denkt, darum ist sie eben unmöglich. Es wäre vielleicht noch verständlich, daß die Sozialdemokratie in die Regierung einträte, daß die Reichstagsfraktion sich jedoch noch einmal dazu hergeben würde, für Leute zu stimmen, die nichts mit ihr zu tun haben wollen, muß den heftigsten Widerstand hervorrufen.“

Dieser allerheftigste angelegte Widerstand wird so lange ausbleiben, solange nicht die sozialdemokratischen Arbeiter sich über die Schandpolitik ihrer Partei klargeworden sind. Es gilt deshalb, den sozialdemokratischen Arbeitern mit aller Eindringlichkeit zu zeigen, was diese Partei gegenwärtig will. Die obigen Erklärungen des Pressedienstes und die wenigen oppositionellen Stimmen waren abgegeben, noch ehe offiziell die Betrauung von Curtius bekanntgegeben war. Nachdem dies geschehen ist, wiederholt der Vorwärts heute mit allem Nachdruck seine Unterwürfigkeitsbereitschaft, sich bedingungslos einer Regierung der Zentrumspartei zu fügen, wenn das Zentrum nur den „Bürgerblock“ verhindert. Er schreibt:

„Auf dem Zentrum ruht eine große Verantwortung. Es muß wissen, ob es die Regierung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie unterstützen will oder nicht.“

Die Haltung der Sozialdemokratie (als sie der Marx-Regierung das Misstrauen ausspricht. Die Reb.) hat damals (1) eine Rechtfertigung durch die Regierungserklärung gefunden. Die selbst die Loslösung der Reichswehr aus diesen Beziehungen forderte gegen den Willen der Deutschnationalen! Und der Vorwärts drückt gleichzeitig an der Spitze des Blattes, damit ja nur kein Mißverständnis möglich sei, den Beschluss des Parteivorstandes ab, in dem sich dieser auch heute noch bereit erklärt, mit den auf dem Boden der Verfassung stehenden republikanischen Parteien eine Regierung zu bilden, oder, wie der Pressedienst es ausdrückt, auch positiv eine bessere Regierung (die Aussicht ist geschwunden, daß die SPD noch hineinkommt) zu führen!

An Stelle von Kräfteeinheit — idealische und fetze Unwirklichkeit unter die Beschläge — der schwarzen Wästen und Großkapitalisten-Partei. — An Stelle von Massenmobilisierung untragliche laienhafte Bereitwilligkeitserklärungen „bessere Regierungen“ zu führen; an der Stelle des Einklappens der Kraft der Arbeiterklasse schändliches Hin- und Hergeratzen über Regierungsbildung — das sind die Wege der SPD in diesen Zeiten der Regierungskrise, in der es gilt, durch den Massenruhr die Auflösung des Reichstags zu erzwingen.